

**Stellungnahme der Redaktionsleitung von NDR Info zur Beschwerde von Volker Bräutigam und
Friedhelm Klinkhammer vom 03.01.2017 über einen Beitrag von M. Ganslmeier auf
tagesschau.de vom 03.01.2017 zu „25 Jahre diplomatische Beziehungen zwischen den USA und
Russland“**

Die Beschwerdeführer sprechen von „mehreren satten Verstößen“ gegen die Programmrichtlinien des Rundfunkstaatsvertrages. Sie kritisieren diverse inhaltliche Aspekte des Berichts von Herrn Gansmeier über „25 Jahre diplomatische Beziehungen zwischen den USA und Russland“.

Die Vorwürfe der beiden Beschwerdeführer halten wir weder im vollständigen Bericht von Martin Ganslmeier zu „25 Jahre diplomatische Beziehungen zwischen den USA und Russland“ noch mit Blick auf die zitierten Stellen für gerechtfertigt.

Zu den kritisierten Textstellen im Einzelnen:

„Im Rückblick war das amerikanisch-russische Verhältnis nie wieder so herzlich und optimistisch wie in den 1990er Jahren zwischen den Präsidenten Bill Clinton und Boris Jelzin.“

Dies entspricht der Einschätzung der überwiegenden Mehrheit von Politikwissenschaftlern und Historikern. Sowohl das Verhältnis zwischen George W. Bush und Wladimir Putin als auch das zwischen Obama und Putin waren schlechter als das zwischen Bill Clinton und Boris Jelzin.

„Viele Amerikaner hofften damals, dass sich auch das postkommunistische Russland zu einer Demokratie nach westlichem Vorbild entwickeln könnte.“

Diese Hoffnung bestand damals tatsächlich in den USA.

„Diese Illusion endete nach der Jahrtausendwende, als Wladimir Putin an die Macht kam.“

In dieser Formulierung sehen die Beschwerdeführer die Intention des Autors, einen Mangel an Rechtsstaatlichkeit zu unterstellen. Dies ist nicht der Fall.

„Dass Russland Krieg gegen Georgien führte, empörte (George W.) Bush“

Es entspricht den Tatsachen, dass der russisch-georgische Krieg, der auf georgischem Staatsgebiet stattfand, zum endgültigen Bruch zwischen George W. Bush und Wladimir Putin führte. Bush selbst hat sich dazu mehrfach geäußert.

„Putin nahm Anstoß am Irak-Krieg und an Bushs-Plan, ein Raketenabwehrsystem in Polen zu stationieren.“

Diese Formulierung entspricht den Tatsachen.

„Obamas Wunsch nach gemeinsamer Abrüstung der Atomarsenale lehnte Putin ab.“

Diese Formulierung entspricht den Tatsachen.

„Putins Einverleibung der Krim“

Eine nicht nur vom Autor verwendete deutsche Übersetzung für „Annexion“. Diese Formulierung verwenden nicht nur die Vereinten Nationen, sondern auch die überwiegende Mehrheit von Politikwissenschaftlern und Völkerrechtlern.

„(Putins) Unterstützung für das Assad-Regime und die Hacker-Angriffe auf die Demokratische Partei führten endgültig zu einer Eiszeit in den russisch-amerikanischen Beziehungen“

Diese Formulierung entspricht den Tatsachen.

„Zwei Drittel aller US-Bürger mögen Russlands Präsidenten nicht“

Dies belegen mehrere Umfragen, z. B. die des Meinungsforschungsinstituts „Pew Research Center“ vom August 2015: Danach sehen 67 Prozent der befragten US-Bürger Russlands Präsidenten Putin negativ; nur 22 Prozent sehen ihn positiv.

Gestatten Sie uns noch folgende Anmerkung: Während Autor Martin Ganslmeier die Entwicklung der Beziehungen zwischen beiden Ländern seit der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen den USA und dem postkommunistischen Russland sachlich beschreibt, lassen Stil und Argumentation der Programmbeschwerde in dieser Hinsicht zu wünschen übrig. Feststellungen im Schreiben von Herrn Klinkhammer und Herrn Bräutigam wie – Zitat „*Der Washingtoner ARD-Korrespondent M. Ganslmeier steht auf der Atlantik-Brücke und pinkelt gegen den Wind. Er lässt was für tagesschau.de ab. Ein brav transatlantisch ausgerichteter Schreiber nimmt eben hin, dabei aufs eigene Berufsethos zu seichen. Sein Problem, dass er sich die Anstandsklamotten versaut*“ – Zitatende, sind in der Form aus unserer Sicht nicht angebracht.

Was die Kritik an der Anmoderation unserer Moderatorin betrifft, so hat die Moderatorin festgestellt, dass es in Brüssel noch Hoffnungen gebe, die Verhandlungen zu einem guten Ende zu führen. Mit "Brüssel" war in diesem Fall selbstverständlich die EU-Kommission gemeint.

19.01.2017

Claudia Spiewak
Chefredakteurin Hörfunk